

Nordwestzeitung (Oldenburg) vom 7. Juli 2012

Initiativen kritisieren Hektik um Vergleich

BAHN-KLAGE Fortführung noch offen

VON MICHAEL EXNER

Die fünf privaten Kläger im Bahn-Verfahren haben erwartungsgemäß deutlich kritischer auf das Ergebnis der Verhandlungen beim Bundesverwaltungsgericht reagiert als ihre (mittlerweile ehemaligen) Mitstreiter. In einer am Freitag veröffentlichten Erklärung ließen sie aber offen, ob sie die Klage fortführen wollen.

Im Streit um den Streckenausbau nördlich der Stadtgrenze hatten sich Stadt, Sozialstiftung und GSG in einem Teilvergleich mit der Bahn auf vorgezogenen Lärmschutz für 1500 Gebäude gegen Klagerücknahme verständigt. Der Vergleich muss formell noch durch einige Gremien, so etwa am Montag durch den Verwaltungsausschuss.

Dort wird die SPD zustimmen. „Ein gutes Ergebnis für Oldenburg“, sagte der Fraktionsvorsitzende Bernd Bischoff. Auch CDU-Chef Olaf Klaukien sieht im Vergleich prinzipiell „was wir vereinbart haben“, bis auf einen Punkt: Die CDU wolle vermeiden, dass der Stadt der jetzt zugesagte Lärmschutz im Planfeststellungsverfahren für das Stadtgebiet gegengerechnet werde: „Da sehen wir noch Austauschbedarf.“

Ohne die Initiativen „hätte es überhaupt keinen Prozess gegeben, mithin auch keinen Vergleich, der nun ‚bejubelt‘ wird“, erklärte IBO-Vorsitzender Christian Röhlig, der für die Kläger spricht. „Nach vorläufiger Bewertung sind IBO und LiVe der Meinung, dass Betriebseinschränkungen mit etwas mehr Geduld und Nachdruck von Seiten unseres Anwalts hätten durchgesetzt werden können“, sagte Röhlig. Das sei der mangelnden Vorbereitung des Termins, dem Fehlen qualifizierter Nachverhandlungen und der unnötigen und unerklärlichen Hektik zum Opfer gefallen.

Wenn die SPD jetzt von einer Resolution zum Tempolimit im Stadtgebiet spreche, sei die Frage, warum das nicht im Vergleich stehe.